

Übersichten

Oktober 2000

Außenpolitik

1 Fünfzig Jahre Koreakrieg - Heroismus der Partei und strategische Interessen

Fünfzig Jahre nach dem Eintritt Chinas in den Koreakrieg wurde sowohl in der Demokratischen Volksrepublik Korea als auch in der VR China dieses Ereignisses gedacht. Eine hochrangige chinesische Militärdelegation unter der Leitung des chinesischen Verteidigungsministers und stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, Chi Haotian, reiste aus diesem Anlass nach Pyönyang. Die chinesische Delegation nahm am 25. Oktober, dem Datum, an dem vor fünfzig Jahren die chinesische „Freiwilligenarmee“ den Grenzfluss Yalu überschritten hatte und in einer Überraschungsoffensive erstmalig auf südkoreanische Truppen getroffen war, an einer Massenkundgebung teil und führte Gespräche u.a. mit dem Großen Führer Kim Jong-il. Die Fortentwicklung der engen und freundschaftlichen Beziehungen zu Nord-Korea seien von bedeutendem Wert für die Wahrung von Frieden und Stabilität auf der ko-

reanische Halbinsel, hieß es von chinesischer Seite. (XNA, 23.10.00; KCNA news agency, 25., 26.10.00, nach SWB, 27.10.00)

Auch in China selbst wurde der Koreakrieg der chinesischen Bevölkerung mit unzähligen Beiträgen in den Medien ins Gedächtnis gerufen, in denen die Rolle der KPCh glorifiziert, die Zahl von mehr als 700.000 Toten und Verletzten auf chinesischer Seite jedoch nicht thematisiert wurde (NZZ, 27.10.00). Der gemeinsam mit Nord-Korea errungene militärische Erfolg wurde in einem Kommentar der *Volkszeitung* als „zweiter großer Sieg Chinas nach dem Widerstandskrieg gegen Japan 1937-1945“ gefeiert, womit im Kampf gegen „die US-Aggression dem Frieden und der Gerechtigkeit zum Sieg über Hegemonie und das Böse verholfen wurde“ (XNA, 25.10.00). Während man auf einem zum Koreakrieg veranstalteten Symposium der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften in erster Linie die langfristige Bedeutung des Ereignisses hervorhob und zu dem Schluss gelangte, auch rückblickend habe sich der chinesische Kriegseintritt aus dem Blickwinkel der grundlegenden Interessen Chinas zur damaligen Zeit als richtige Entscheidung erwiesen, „die in gewisser Weise als Beitrag zur Schaffung von Frieden in Asien und in der Welt bewertet werden könne“, (XNA, 12.10.00) betonte man auf einer parallelen Veranstaltung des Chinesischen Instituts für Internationale Strategische Studien den revolutionären Geist der Freiwilligen, der auch in der Ära der Modernisierung von der heutigen Generation weitergeführt werden müsse (XNA, 19.10.00).

Neben der Versicherung, das chinesische Volk werde sich niemals Hegemonismus und Machtpolitik beugen, war die chinesische Medienlandschaft dominiert von Lobpreisungen für die KPCh, die „in loyaler Weise die grundlegenden Interessen der chinesischen Nation repräsentiere und die Hauptkraft in der Entwicklung des Landes darstelle“. Insbesondere der jungen Generation müsse man vermitteln, dass der heutige Lebensstandard in China ebenso wie der Ruhm die Stellung des Vaterlands hart erarbeitet seien und „keine andere politische Kraft so furchtlos und voller Opferbereitschaft Millionen von Menschen

hätte vereinen und von Sieg zu Sieg führen können als die KP“. (XNA, 25.10.00)

Die heutige Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel sieht man in China durchaus mit gemischten Gefühlen. Eine Entspannung zwischen Nord und Süd liegt dabei jedoch gleich in mehrfacher Hinsicht im Interesse der chinesischen Regierung. Zunächst bietet die aktive Förderung des Annäherungsprozesses China eine willkommene Legitimierung seiner eigenen intensiven Wirtschaftsbeziehungen zum südlichen kapitalistischen Erzfeind Nord-Koreas gegenüber diesem sozialistischen Bruderstaat.

Daneben herrscht offensichtlich Unbehagen vor einer Entwicklung im Norden, die angesichts der schlechten allgemeinen Lage in dem sozialistischen Bruderstaat und einer möglicherweise wachsenden Unzufriedenheit der dortigen Bevölkerung dazu führen könnte, dass sich eine Vereinigung der beiden koreanischen Staaten (analog zum deutschen Modell) ausgehend von der nord-koreanischen Bevölkerung als Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus vollzieht. Die chinesische Regierung engagiert sich daher für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Nord- und Süd-Korea und unterstützt den Prozess „einer unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung der beiden Staaten ohne Einmischung aus dem Ausland“. (XNA, 24.10.00; NZZ, 27.10.00)

Sowohl die Gespräche Nord-Koreas mit dem Süden als auch die Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zu Japan und den USA unterstützt China nach eigenem Bekunden, weil man sich davon positive Auswirkungen auf die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und in der Region erhoffe. (XNA, 20., 21.10.00). Im Vordergrund stehen dabei auf chinesischer Seite strategische Überlegungen im Zusammenhang mit der Rolle der USA in Ostasien. So hofft man in China darauf, dass durch den Besuch des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der Nationalen Verteidigungskommission Nord-Koreas, Cho Myong Rok, in den USA und den Besuch von US-Außenministerin Albright in Nord-Korea eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen beider Staaten auf den Weg gebracht werden könnte (XNA,

14., 25.10.00; SWB, 26.10.00). Positive Ergebnisse für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erwartet man auch von der elften Runde der nord-koreanisch-japanischen Gespräche in Beijing (XNA, 21.10.00).

Auf chinesischer Seite steht in diesem Zusammenhang offenbar die Überlegung im Vordergrund, dass es den USA im Falle einer fortschreitenden Entspannung und Normalisierung der Beziehungen Nord-Koreas zu seinen Nachbarn in Asien zunehmend schwerfallen würde, die Notwendigkeit der angestrebten Einbeziehung Japans in den geplanten Raketenschutzschirm des Theatre Missile Defense System (TMD) glaubhaft zu machen. Sollte weiterhin die Entspannung zwischen Nord- und Süd-Korea vorankommen, könnte in der Folge auch die derzeitige US-Militärpräsenz in Süd-Korea schnell zur Disposition stehen (NZZ, 18.10.00). -kg-

2 Süd-Korea und China - schon immer gute Nachbarn

Deutlich äußerte sich der chinesische Premier Zhu Rongji, der sich Mitte Oktober anlässlich des ASEM-Gipfels in Seoul aufhielt, auf einem Empfang des süd-koreanischen Präsidenten Kim Dae-jung: Eine „friedliche, vereinigte und wohlhabende koreanische Halbinsel sei den Interessen der VR China dienlich“. Daher werde man von chinesischer Seite alle Anstrengungen beider koreanischer Staaten im „historischen Prozess der unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung“ auch zukünftig unterstützen. Kim dankte im Gegenzug China für seine zur Stabilität auf der koreanischen Halbinsel beitragende Teilnahme an den Vier-Parteien-Gesprächen unter Beteiligung der USA über die Zukunft des koreanischen Annäherungsprozesses. Süd-Korea, das erst vor acht Jahren diplomatische Beziehungen zur VR China aufgenommen und die bis dato bestehenden mit Taiwan abgebrochen hatte (vgl. C.a., 1992/10, Ü 4), bekannte sich Kim ausdrücklich nochmals zur Ein-China-Politik. (XNA, 19.10.00)

Zhu Rongji regte an, Süd-Korea und die VR China sollten ihren Dialog vertiefen und verstärkt ihre Politik in Hinsicht auf die regionale Stabilität in

Ostasien, die ökonomische Sicherheit und Entwicklung koordinieren. (XNA, 19.10.00) Große Differenzen wurden hier allerdings bereits während des ASEM-Gipfels deutlich: Der Passus eines von der süd-koreanischen Regierung eingebrachten Entwurfs für eine gemeinsame Erklärung der ASEM-Staaten zur Korea-Frage, der im Hinblick auf Nord-Korea die Forderung nach einer Verringerung der Gefahren durch Massenvernichtungswaffen enthielt, scheiterte am chinesischen Widerstand gegen die geplante Formulierung. (XNA, 18.10.00; *Financial Times Deutschland*, 23.10.00)

Die Aufforderung Zhus zu einer aktiven Ausweitung der wirtschaftlichen Kooperation zwischen beiden Staaten und seine Einladung an Korea, die Möglichkeiten der Entwicklung der westlichen Landesteile Chinas zu nutzen, beantwortete Kim mit der Ankündigung, Süd-Korea werde die Entwicklung Xinjiangs mit 5 Mio. US\$ für die Anpflanzung von Gras und Bäumen unterstützen und verstärkt landwirtschaftliche Produkte und Kohle aus China beziehen, um so den Überschuss in der Handelsbilanz auszugleichen. (XNA, 19.10.00)

Jeglicher Hinweis auf den fünfzig Jahre zurückliegenden Eintritt Chinas in den Koreakrieg wurde auf beiden Seiten vermieden. Vielmehr beeilte sich der Präsident der süd-koreanischen Nationalversammlung, Lee Man-sup, Zhu Rongji zu versichern, das koreanische Volk betrachte China seit jeher als guten Nachbarn, da China sowohl die Unabhängigkeitsbewegung gegen die japanische Kolonialherrschaft auf der koreanischen Halbinsel unterstützt habe als auch jüngst Süd-Korea bei der Überwindung der asiatischen Finanzkrise behilflich war. (XNA, 20.10.00) -kg-

3 Zhu Rongjis Besuch in Japan - in der Summe wenig Greifbares

Der Besuch des chinesischen Premierministers Zhu Rongji in Japan vom 12. bis zum 18. Oktober war geprägt vom chinesischen Bemühen, die Untiefen insbesondere emotionaler Fragen zu umschiffen, ohne jedoch die Erwartungen der japanischen Seite wirklich erfüllen zu können oder zu wollen. So

definierte Zhu das Verhältnis zu Japan kurzerhand als das von Nachbarn, die nur durch einen schmalen Wasserstreifen voneinander getrennt seien und auf eine 2000 Jahre währende Geschichte freundlicher Kontakte zurückblicken könnten. Der japanische Premierminister Mori nahm diesen Gedanken auf und erwiderte, „unter engen Nachbarn wären Störungen nun einmal nicht völlig auszuschließen“ (SWB, 16.10.00). Obwohl diese Haltung der japanischen Seite in China keineswegs als befriedigend angesehen werden kann, enthielt sich Zhu Rongji während seiner offiziellen Auftritte demonstrativ jeglicher expliziter Forderungen nach einer offiziellen schriftlichen Entschuldigung Japans für die Gräueltaten der kaiserlichen Armee während der japanischen Invasion in China, wies jedoch gleichzeitig darauf hin, dass China seine grundsätzliche Haltung keineswegs geändert habe und es ein Fehler sei, diese Taten herunterspielen, verschleiern oder verstecken zu wollen. Es sei hingegen nicht Chinas Sache, jetzt eine Entschuldigung zu fordern, Japan müsse vielmehr selbst aus seiner Vergangenheit lernen. (SCMP, 17.10.00; FAZ, 18.10.00; SWB, 18.10.00)

Japan vertritt den Standpunkt, sich in bereits wiederholt und adäquater Weise für seine Kriegshandlungen entschuldigt zu haben (Kyodo News Service, 16.10.00, nach SWB, 18.10.00). Der damalige japanische Premierminister Murayama hatte sich 1995 in einer an die asiatischen Staaten adressierte Stellungnahme offiziell „aufrichtig für die koloniale Herrschaft und Aggression Japans entschuldigt“ und dies auch auf China bezogen, China jedoch nicht namentlich benannt. Auch die mündliche Wiederholung dieser Formel anlässlich des Japanbesuchs Jiang Zemin im November 1998 hatte die chinesische Seite nicht zufrieden stellen können, da Tokio sich weigerte, eine offizielle Entschuldigung in die gemeinsame Abschlusserklärung zu dem damaligen Treffen mit aufzunehmen (vgl. C.a., 1998/11, Ü 1).

Zhu Rongji war insgesamt offensichtlich bemüht, China insbesondere für die japanische Öffentlichkeit in einem positiven Licht erscheinen zu lassen, da dort in letzter Zeit die negativen Eindrücke von dem großen Nachbarn im Zusammenhang mit dem wiederholten Eindringen chinesischer Schiffe

in von Japan beanspruchte Seegebiete (vgl. C.a., 2000/9, Ü 6), der chinesischen Aufrüstung, dem in Japan so antizipierten chinesischen Streben nach regionaler Hegemonie und dem Säbelrasseln der VR China in Richtung Taiwan überwogen hatten (Kyodo News Service, 17.10.00, nach SWB, 18.10.00; SCMP, 16.10.00). Auch wartet man in Japan bislang vergebens auf eine aus japanischer Sicht angemessene Würdigung seiner finanziellen Unterstützung für den chinesischen Entwicklungsprozess. Der japanische Ministerpräsident Mori machte Zhu gegenüber denn auch deutlich, dass das Ausmaß der japanischen Entwicklungshilfe zur Verbesserung des japanischen Images auch in der chinesischen Öffentlichkeit stärker bekannt gemacht werden müsse, wenn China angesichts einer insgesamt schwieriger gewordenen Situation weiter auf japanische Hilfen im bekannten Umfang hoffe (FAZ, 18.10.00). Selbst die Führerin der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei Japans, Takako Doi, deutete in einem Gespräch mit Zhu Rongji an, Japan könne sich angesichts knapper Staatskassen und des bereits erreichten chinesischen Entwicklungsniveaus womöglich zu einer Revision seiner großzügigen Politik gegenüber der VR China gezwungen sehen (Kyodo News Service, 15.10.00, nach SWB, 17.10.00).

Insgesamt gewährte Japan China während der vergangenen zwanzig Jahre bislang Wirtschaftshilfen im Umfang von 24 Mrd. US\$ (SCMP, 16.10.00). 35,4% der elektrifizierten Eisenbahnstrecken in der VR China und 12,8% der Hafenskapazitäten sind mit Hilfe von japanischen Krediten zu Sonderkonditionen errichtet worden; dasselbe gilt für 36,4% der chinesischen Kapazitäten der Abwasserbehandlung (SCMP, 13.10.00). Auch im unmittelbaren zeitlichen Vorfeld von Zhus Japanreise waren von der Regierung als Zeichen des guten Willen weitere Kredite im Umfang von 17,2 Mrd. Yen für den Eisenbahnbau in Beijing und den Flughafen in Xi'an freigegeben worden, die zuvor auf Grund des wiederholten Eindringens von der Spionage verdächtigten chinesischen Schiffen in japanische Gewässer für zwei Monate auf Eis gelegen hatten (SCMP, 7.10.00). Die positiven Reaktionen Zhu Rongjis auf diese neuerli-

che Kreditgewährung wurden von der japanischen Seite denn auch als erste adäquate Dankesbekundung in diesem Zusammenhang erfreut aufgenommen (SCMP, 16.10.00).

Das Werben Zhu Rongjis um japanische Investoren für die wirtschaftliche Entwicklung der chinesischen Westregionen traf auf japanischer Seite allerdings auf sehr verhaltene Reaktionen. Zusätzliche Staatsmittel kämen aus japanischer Sicht dafür nicht in Betracht. So beließ es die japanische Regierung denn auch bei der Absichtserklärung, man werde im Frühjahr 2001 eine Wirtschaftsdelegation unter Beteiligung japanischer Unternehmen zur Prüfung der Möglichkeiten nach Xinjiang entsenden. Auf der Seite der japanischen Wirtschaft überwiegt die Unzufriedenheit über die chinesischen Einfuhrbeschränkungen für japanischen Stahl aber auch die nach wie vor als mangelhaft empfundene Sicherheit für ausländische Investitionen (FAZ, 18.10.00). Zusätzlich verunsichernd hatte nicht zuletzt der Fall der mit japanischem Kapital finanzierten Hainan International Trust and Investment Corp. (Hitic) gewirkt, die sich Ende September außer Stande sah, ihren Zinsverpflichtungen aus den von ihr aufgelegten Yen-Anleihen nachzukommen, und deshalb auf Grund der Auflage eines Gerichts in Guangzhou gezwungen war, ihre Anteile an drei Firmen (darunter die Betreiberfirma des größten Flughafens der Provinz Hainan) durch Zwangsauktion zu veräußern. (SWB, 12.10.00; SCMP, 14.10.00)

Positive Perspektiven bestünden nach den Worten Zhu Rongjis für japanische Unternehmen weiterhin im Rahmen des kommenden 10. Fünfjahresplans für den Zeitraum 2001 bis 2005 auf dem Gebiet der Informationstechnologie und hier insbesondere im Ausbau der chinesischen Mobilfunknetze. Japan muss hier allerdings mit Anbietern aus den Vereinigten Staaten und Süd-Korea konkurrieren. (SCMP, 17.10.00) Ähnliches gilt für die zwischen Beijing und Shanghai geplante Bahnstrecke für Hochgeschwindigkeitszüge. Eine Entscheidung für eine der drei konkurrierenden Technologien aus Japan, Deutschland und Frankreich werde erst im Frühjahr 2003 fallen (SWB, 16.10.00), was den Unter-

nehmen ausreichend Zeit geben dürfte, sich gegenseitig zu unterbieten.

Als greifbare Ergebnisse des Besuchs blieben am Ende Vereinbarungen über ein gemeinsames Kernforschungsprojekt und ein fünfjähriges Forschungsprogramm, das sich dem Problem der Staubeentwicklung im Nordosten Chinas widmen soll, die zu starker Umweltverschmutzung und drastischen Sichtbeeinträchtigungen in chinesischen Großstädten wie Beijing führt (SCMP, 17.10.00). Darüber hinaus wurde zwischen den Premierministern eine Vereinbarung vorbereitet, die es Marineschiffen beider Seiten erlauben soll, Häfen der jeweils anderen Seite anzulaufen; Geschlossen wurde diese Vereinbarung wenige Tage später in Seoul zwischen den Außenministern beider Staaten, Tang Jiaxuan und Yohei Kono (SWB, 23.10.00). Die im Rahmen des Besuchs erhofften Fortschritte hinsichtlich der Klärung und Festlegung der zwischen China und Japan umstrittenen Seegrenzen blieb jedoch aus (NZZ, 18.10.00; vgl. C.a., 2000/9, Ü 6).

Pikanterweise genau einen Tag nach der Abreise Zhu Rongjis aus Japan meldete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua, man habe erstmals ein schriftliches japanisches Dokument der Spezialeinheit 731 aufgefunden, welches beweise, dass die kaiserliche japanische Armee in den vierziger Jahren in den nordostchinesischen Städten Nongan und Changchun in einem Experiment zur bakteriellen Kriegsführung gegen die chinesische Bevölkerung Pesterreger freisetzte (XNA, 20.10.00). -kg-

4 China als Wortführer des Schwarzen Kontinents - Afrika-Gipfel in Beijing

Unter Beteiligung von fast 80 Ministern aus 44 afrikanischen Staaten fand vom 10. bis zum 12. Oktober das erste Forum über sino-afrikanische Zusammenarbeit statt. Aus chinesischer Sicht bestand der Zweck dieser Veranstaltung in erster Linie darin, Allianzen in der internationalen Politik zu schmieden und „Partner im Kampf gegen den Hegemonismus der USA zu finden“, wie es ein afrikanischer Diplomat ausdrückte. (SCMP, 9.10.00) Diese Einschätzung bestätigte auch Yuan

Shibin vom Institut für Auswärtige Angelegenheiten in Beijing: „Da das Selbstvertrauen und die Ambitionen Chinas für die Übernahme einer aktiveren Rolle in der internationalen Politik wüchsen, sei man nun bemüht, mehr Länder im Kampf gegen den US-Hegemonismus hinter sich zu sammeln“. (SCMP, 11.10.00)

Die in einem solchen Rahmen üblichen Danksagungen an die afrikanischen Länder für deren Unterstützung der VR China bei der Wiedererlangung des rechtmäßigen Sitzes in den Vereinten Nationen und in verschiedenen anderen Zusammenhängen (XNA, 11.10.00) wurden von der chinesischen Seite ergänzt durch die Versicherung, man würde den Staaten Afrikas weiterhin im größtmöglichen Umfang und ohne jegliche politische Vorbedingung wirtschaftliche Hilfe gewähren und die verschiedenen Formen der ökonomischen Zusammenarbeit weiter ausbauen. (XNA, 10.10.00) Da Beijing von afrikanischer Seite verschiedentlich dafür kritisiert worden war, dass es nur rede, ohne Taten folgen zu lassen, (SCMP, 9.10.00) bot das Gipfeltreffen im eigenen Land China eine willkommene Gelegenheit, die Aufrichtigkeit seiner Worte durch Taten unter Beweis zu stellen. Was hätte dazu besser geeignet sein können als ein Schuldenerlass im Umfang von 1,21 Mrd. US\$ für die ärmsten afrikanischen Länder. (XNA, 12.10.00) Auch hier handelt es sich bislang nur um die vollmundige Ankündigung des chinesischen Außenhandelsministers Shi Guangsheng auf der chinesisch-afrikanischen Konferenz (FAZ, 12.10.00); zumindest wurde diese aber unter Punkt 8 in das gemeinsam verabschiedete „Programm für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit für wirtschaftliche und soziale Entwicklung“ aufgenommen und ist somit verbindlicher als alle bisherigen schönen Worte aus Beijing (XNA, 13.10.00).

Der chinesischen Regierung gelang es damit immerhin, sich der Weltöffentlichkeit in der Rolle des Wohltäters der Ärmsten darzustellen. China - obgleich ebenfalls Entwicklungsland und Nettoschuldner - tue damit einen ersten Schritt, während die Hauptgläubigerstaaten und internationalen Finanzinstitutionen sich weiterhin fragen lassen müssten, wann sie denn

ihrerseits ihrer Verantwortung gegenüber den ärmsten ihrer Gläubiger im gebotenen Umfang gerecht werden wollten. Der chinesische Verzicht auf Rückzahlung bzw. die Reduzierung der Zahlungsverpflichtungen für die ärmsten afrikanischen Staaten in Höhe von 1,21 Mrd. US\$ werde innerhalb der nächsten zwei Jahre realisiert. (XNA, 13.10.00) Da jedoch nicht konkretisiert wurde, welchen Ländern der Schuldenerlass zugute kommen soll und Einzelheiten in bilateralen Gesprächen zu klären seien, (ebd.) bleibt erheblicher Raum für Spekulationen, nach welchen Kriterien Beijing denn seine angekündigte Wohltätigkeit Wirklichkeit werden lässt und welche Gegenleistungen es dafür möglicherweise erwartet.

Auf der offiziellen Agenda der Konferenz standen darüber hinaus in erster Linie die Möglichkeiten der Errichtung einer neuen und gerechteren wirtschaftlichen und politischen Weltordnung sowie die Förderung der wirtschaftlichen Kooperation zwischen China und dem afrikanischen Kontinent. (XNA, 10.10.00) In einer gemeinsamen Schlusserklärung wird denn auch festgestellt, der Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung komme bislang fast ausschließlich den entwickelten Nationen zugute und vergrößere das bestehende Wohlstandgefälle weiter, während die wachsende Interdependenz auf ökonomischem Gebiet die wirtschaftliche Sicherheit der ärmsten Länder Afrikas noch verletzbarer mache und letztlich auch die staatliche Souveränität neuen Gefahren aussetze. Intensive Konsultationen mit dem Ziel einer größeren Solidarisierung unter den Entwicklungsländern sowie eine enge Süd-Süd-Zusammenarbeit zwischen China und den Staaten Afrikas sei der Errichtung einer neuen Weltordnung dienlich. Um die demokratischen Prinzipien der Vereinten Nationen tatsächlich zu verwirklichen, sollten die bislang unterrepräsentierten Entwicklungsländer in verstärktem Maße in den internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen und nicht zuletzt auch im UN-Sicherheitsrat vertreten sein. (XNA, 13.10.00)

Jedem Land müsse das Recht zugestanden werden, auf gleichberechtigter Basis an der internationalen Politik zu partizipieren. Keinem Land

dürfe es erlaubt sein, einem anderen seinen Willen aufzuzwingen, in dessen innere Angelegenheiten einzugreifen oder unilaterale Strafmaßnahmen zu verhängen - unter welchem Vorwand auch immer. Zwar müsste die Universalität der Menschenrechte respektiert werden, jedem Land müsse es angesichts kultureller, historischer und gesellschaftlicher Unterschiede jedoch freigestellt bleiben, einen eigenen Weg und eigene Modelle für die Förderung und den Schutz von Menschenrechten im eigenen Land zu entwickeln. Insbesondere der Politisierung der Menschenrechtsfrage und der Verknüpfung von wirtschaftlicher Hilfe mit Menschenrechtsauflagen stellen ihrerseits eine Verletzung der Menschenrechte dar, der entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden müsse. Auch die Verkettung der Schuldenreduktion für die Länder Afrikas mit politischen Zielen der Gläubigerländer sei nicht hinnehmbar. (Ebd.)

Man wolle daher die Zusammenarbeit zwischen China und Afrika auf allen Gebieten ausbauen und im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation eine langfristige und stabile Partnerschaft neuen Typs entwickeln, um so durch vertieften Dialog den Grundkonsens zwischen den beteiligten Staaten zu erweitern, die Positionen in internationalen Angelegenheiten zu vereinheitlichen und mit gegenseitiger Unterstützung für die legitimen Interessen Chinas und der afrikanischen Staaten einzutreten. (Ebd.) Zu diesem Zweck wurde von den Teilnehmern des Gipfeltreffens das zwanzig Punkte umfassende „Programm für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit für wirtschaftliche und soziale Entwicklung“ verabschiedet, das neben anderem relativ konkrete Schritte für eine Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Kooperation, Handels- und Wirtschaftsförderung, die Öffnung des chinesischen Marktes für afrikanische Produkte, chinesische Unterstützung bei Infrastruktur- und Ingenieurbauprojekten in Afrika, gemeinsame Projekte in der Nutzbarmachung von Energie- und sonstigen natürlichen Ressourcen in Afrika, die Fortsetzung der medizinischen Hilfen Chinas und eine enge Zusammenarbeit in der Rüstungskontrolle vorsieht. (XNA, 13.10.00)

Wohl um den Worten auf dem Gipfeltreffen in Beijing die erwarteten Taten folgen zu lassen, erhielt Tansania unmittelbar nach Abschluss 4,6 Mio. US\$ für ein Wasserversorgungsprojekt als „Geschenk“ der chinesischen Regierung (XNA, 14.10.00). Äthiopien bekam anlässlich des bevorstehenden 30. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China eine Sachspende in Form von Büromaschinen im Wert von 24.000 US\$ (XNA, 15.10.00), und das ugandische Rote Kreuz konnte vom chinesischen Botschafter im Lande Ende Oktober 30.000 US\$ als Beitrag der chinesischen Rotkreuzgesellschaft zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie entgegennehmen (XNA, 27.10.00).

Ob auch Liberia und Malawi, die als Einzige der insgesamt noch acht afrikanischen Länder, die weiterhin diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten, der Einladung nach Beijing gefolgt waren, (SCMP, 11.10.00) in ähnlicher Weise belohnt werden, ist bislang nicht bekannt. -kg-

5 Sino-europäisches Gipfeltreffen - rein politische Fragen zweitrangig

Im Mittelpunkt des dritten jährlichen EU-China-Gipfeltreffens am 23. Oktober in Beijing stand zweifelsohne der geplante Beitritt der VR China zur Welthandelsorganisation (vgl. die Übersicht zu diesem Thema in diesem Heft). Politisch standen jedoch auch so schwierige Themen wie Menschenrechte oder illegale Immigration und Menschen schmuggel auf der Agenda.

Bereits am 29. September hatten Vertreter der Europäischen Union in Beijing auf dem halbjährlich zwischen der EU und China stattfindenden Dialogtreffen zur Menschenrechtsproblematik die schlechte Behandlung von ethnischen Minderheiten wie den Tibetern und den moslemischen Uighuren Xinjiangs beklagt. Als nicht akzeptabel wurde auch die inflationäre Verhängung der Todesstrafe, die fortgesetzte Unterdrückung der politischen Dissidenten aus der Demokratiebewegung sowie die Verfolgung von Anhänger der religiösen Meditationsbewegung Falun Gong bezeichnet. Da sowohl diese Vorwürfe als auch die seitens der EU-Vertreter wiederholte

Forderung nach baldiger Ratifizierung der UN-Menschenrechtskonventionen von chinesischer Seite ohne Antwort blieb (vgl. dazu die Übersicht weiter unten), werden derartige Gespräche auf Beamtenebene, die China der öffentlichkeitswirksamen Behandlung der Menschenrechtsfrage auf Gipfeltreffen vorzieht, von Menschenrechtsorganisationen als wenig sinnvoll kritisiert. (SCMP, 29., 30.9.00) Diese Haltung Chinas in den Gesprächen führte dann letztlich auch dazu, dass insbesondere der Wunsch der EU, China möge die 1997 und 1998 unterzeichneten UN-Konventionen über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte bzw. über bürgerliche und politische Rechte bald ratifizieren, doch zum Thema des Gipfeltreffens wurde (*Inside China Today*, 20.10.00).

Ebenfalls bereits im Vorfeld des Gipfels in Beijing war man unter dem Eindruck des Todes von 58 illegalen Immigranten bei der Einschleusung nach Großbritannien im Juni (vgl. C.a., 2000/7, Ü 4) auf chinesischer Seite bemüht, ein drastisches Vorgehen und Erfolge im Kampf gegen den organisierten Menschen schmuggel unter Beweis zu stellen. Dazu sollten Meldungen dienen, die besagten, die Zahl der in der südost-chinesischen Küstenprovinz Fujian als Hauptherkunftsregion illegaler Migranten festgenommenen Schleuser hätte in der ersten Oktoberhälfte 2000 um 60% über der Vergleichszahl des Vorjahres gelegen. Die politische Sensibilität dieser Thematik liegt in der Involvierung von chinesischen Beamten in das Schleusergeschäft und dem hohen Grad der Abhängigkeit, die in bestimmten Regionen von der finanziellen Unterstützung meist illegaler Emigranten aus Europa und den USA bereits besteht. (*Inside China Today*, 21.10.00)

Auf dem Gipfeltreffen unter Beteiligung des französischen Präsidenten Chirac, des Präsidenten der Europäischen Kommission Romano Prodi und des chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji wurden allerdings erwartungsgemäß keine konkreten Ergebnisse in Hinsicht auf die genannten Themenfelder erzielt. Man beließ es bei einem unverbindlichen Meinungsaustausch zur Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Menschen schmuggels, auf dem Gebiet der Justiz, in der Bildung, Wissenschaft, Technologie, im

Menschenrechtsdialog etc. Die chinesische Seite zeigte sich sehr zufrieden mit der Entwicklung der Beziehungen zwischen China und der EU. Ministerpräsident Zhu äußerte sich erfreut, dass auch die EU kürzlich eine positive Bewertung der Beziehungen zu China vorgenommen hatte. (XNA, 24.10.00)

Auch die nachfolgend ebenfalls in Beijing stattgefundenen Treffen zwischen dem chinesischen Außenminister Shi Guangsheng mit dem Handelskommissar der EU Pascal Lamy einerseits (XNA, 25.10.00) sowie der für die Beziehungen mit China zuständigen Gruppe von EU-Parlamentariern unter Leitung ihres Vorsitzenden Per Gahrton mit Li Peng als Vorsitzendem des Ständigen Ausschusses des NVK (XNA, 30.10.00) erbrachten in keiner Hinsicht über die Wiederholung bekannter Standpunkte hinausgehende Ergebnisse. Erwähnenswert ist jedoch die Thematisierung Tibets durch Li Peng angesichts der chinesischen Verärgerung über die als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas bewertete Nominierung einer zu einer 21-jährigen Freiheitsstrafe verurteilten tibetischen Nonne für den Sacharow-Preis für die Freiheit des Denkens durch das Europäische Parlament (SCMP, 27.10.00). Li bekräftigte zum Einen die chinesische ablehnende Haltung gegenüber jedem Versuch des Dalai Lama, eine Spaltung des chinesischen Vaterlands und die Unabhängigkeit Tibets herbeizuführen. Weiter erklärte er, in Europa und Amerika wisse man zu wenig über Geschichte und die heutige Realität in Tibet und ziehe vielfach falsche Schlüsse auf der Grundlage einseitiger und verzerrter Medienberichte. Der Darstellung von Xinhua gemäß habe Gahrton auf eine damit verbundene Einladung Li Pengs an die europäischen Parlamentarier zu einem Besuch Tibets geantwortet, dass man in Europa sehr an Tibet interessiert sei, sehr wohl wisse, dass es sich in Tibet vor der Durchführung demokratischer Reformen um eine Gesellschaft in Leibeigenschaft gehandelt habe und sich dieser Abschnitt der Geschichte nicht wiederholen sollte. Man sei sich durchaus der großen Veränderungen bewusst, die sich in Tibet vollzogen hätten. (XNA, 30.10.00) -kg-

6 Mal französischer, mal EU-Präsident - Jaques Chirac in China

Der französische Präsident Chirac, der auf Grund der derzeitigen EU-Präsidentschaft Frankreichs auch die europäische Delegation auf dem EU-China-Gipfel in Beijing leitete, nutzte seinen Aufenthalt im Vorfeld zur Erwidmung des offiziellen Besuchs Jiang Zemin's letztes Jahr in Frankreich. (XNA, 18.10.00) Die Gespräche mit Jiang Zemin fanden in zwei Runden statt. Zunächst besuchte Chirac als erstes ausländisches Staatsoberhaupt Jiangs Heimat Yangzhou in der ostchinesischen Provinz Jiangsu, um dann in Beijing vor dem auf den Tiananmen-Platz blickenden Portal der Großen Halle des Volkes offiziell empfangen zu werden. (NZZ, 27.10.00; Xinhua, 23.10.00, nach SWB, 25.10.00)

In den als intensiv und offen bezeichneten Gesprächen warb Jiang Zemin dafür, beide Seiten mögen ihre bilateralen Beziehungen aus einer strategischen Perspektive und auf der Grundlage der langfristigen und fundamentalen Interessen beider Länder betrachten. Man kam überein, angesichts einer zunehmend komplexen und wechselhaften Weltlage die bilateralen Konsultationen im Hinblick auf wichtige internationale Probleme zu vertiefen. (Xinhua, 22.10.00, nach SWB, 24.10.00) Als konkrete Maßnahme wurde die Einrichtung einer telefonischen Hotline zwischen beiden Staatsoberhäuptern beschlossen und in einer Vereinbarung zwischen den Außenministern beider Staaten verankert. (Xinhua, 23.10.00, nach SWB, 25.10.00)

Man versicherte sich gegenseitig, für eine multipolare Weltordnung einzutreten und an der Schaffung einer gerechten politischen und wirtschaftlichen Weltordnung mitwirken zu wollen, und betonte die wichtige Rolle der Vereinten Nationen in der Weltpolitik. (XNA, 24.10.00) Neben dem beherrschenden Thema WTO-Beitritt, dem Umweltschutz, dem Kampf gegen Drogenschmuggel, internationales organisiertes Verbrechen und illegale Immigration brachte Chirac - hier in seiner Funktion als amtierender EU-Präsident - nach französischen Angaben aber auch so kontroverse Themen wie die Menschenrechtslage

in Tibet zur Sprache. Auf die noch ausstehende Ratifizierung der beiden von China bereits unterzeichneten UN-Menschenrechtskonventionen angesprochen, habe Jiang Zemin versichert, das Abkommen über die wirtschaftlichen und sozialen Rechte werde dem chinesischen Parlament bald zur zweiten Lesung vorgelegt; zum Abkommen über die bürgerlichen und politischen Rechte äußerte er sich hingegen nicht. (XNA, 24.10.00; NZZ, 27.10.00; vgl. dazu auch die Übersicht weiter unten)

Während Chirac und Jiang die gegenseitige Ausrichtung eines „Kulturellen Jahres“ vereinbarten, womit das Verständnis beider Völker füreinander gefördert werden solle, unterzeichneten die Außenminister beider Staaten, Vedrine und Tang, am Rande der EU-China-Tagung drei Protokolle mit Quarantäne- und Hygienebestimmungen für den Import französischer Schweine- und Hühnerfleischs sowie von französischen Äpfeln nach China. (Xinhua, 23.10.00, nach SWB, 25.10.00) -kg-

7 Weißbuch zur Verteidigung mit Tendenz zur Transparenz

Erstmals wurde am 16. Oktober ein chinesisches Verteidigungsweißbuch auch in englischer Sprache der Öffentlichkeit vorgestellt. Das vom Informationsbüro des Staatsrats herausgegebene Dokument mit dem Titel „China's National Defense in 2000“ wurde allgemein als ein erster Schritt zur Herstellung größerer Transparenz im Militärssektor und zur Angleichung an internationale Gepflogenheiten bewertet. (IHT, 24.10.00; SCMP, 17.10.00)

In der Publikation werden die chinesischen Anstrengungen deutlich, die Streitkräfte umfassend zu modernisieren und in diesem Zusammenhang auch deutlich zu reduzieren. So wird hervorgehoben, dass das Militärpersonal seit 1997 um insgesamt 500.000 auf derzeit ca. 2,5 Mio. Personen reduziert worden sei. Als Beitrag zur Rationalisierung seien bislang 1.500 Verwaltungseinrichtungen geschlossen worden. Mehr als 6.000 Wirtschaftsunternehmen seien aus der militärischen Verwaltung in zivile Hände

überführt oder geschlossen worden. (XNA, 17.10.00)

Der Verteidigungshaushalt für das laufende Jahr 2000 sieht Ausgaben im Gesamtumfang von 14,6 Mrd. US\$ vor, was einer Steigerung von 12,7% im Vergleich zum Vorjahr entspräche. Sowohl absolut als auch als Anteil der gesamten Staatsausgaben handelt es sich dabei um moderate Aufwendungen, die - selbst versteckte zusätzliche Ausgaben unterstellt - letztlich in einem durchaus vernünftigen Verhältnis zur Größe des Landes stehen. (Ebd.; NZZ, 20.10.00)

Das Bekenntnis zum Frieden und zur friedlichen Lösung von Konflikten wird in dem Weißbuch verbunden mit der Feststellung, gegen die Bedrohung von außen in einer keineswegs als konfliktfrei anzusehenden Welt gewappnet bleiben zu müssen. Als ernste Bedrohung und Störung des regionalen strategischen Gleichgewichts wird die Einbeziehung Japans und der Japan umgebenden Regionen in den von den USA angedachten Raketenabwehrschirm betrachtet, insbesondere, weil Taiwan hiervon nicht explizit ausgenommen ist. (Ebd.) Sollte ein solches System errichtet werden, befürchtet man in Beijing, die etwa 300 Mittelstreckenraketen des eigenen Arsenalis würden dadurch ihren militärischen Nutzen verlieren. (SCMP, 17.10.00)

Die Wiedervereinigung mit Taiwan bleibt denn auch weiterhin ein zentrales Thema auch der chinesischen Verteidigungspolitik. Es findet sich im Weißbuch daher auch die bereits bekannte Rhetorik, unter welchen Bedingungen sich China gezwungen sehen könnte, eine Wiedervereinigung unter Anwendung militärischer Mittel herbeizuführen. (XNA, 17.10.00) In Stellungnahmen der chinesischen Regierung verbat man man sich erneut jeglichen Verkauf von Waffen an Taiwan (vgl. die Übersicht weiter unten), ebenso wie man den Eintritt Taiwans in eine militärische Allianz mit einem anderen Staat nicht tolerieren könne. Die Taiwan-Frage sei eine ausschließlich innerchinesische Angelegenheit, und auch ein personeller Wechsel der regionalen Führung in Taiwan könne keinerlei Einfluss auf dieses Faktum haben. (XNA, 17.10.00)

Eine gewisse Beruhigung dürfte für die taiwanische Seite angesichts wiederholter Drohgebährden allerdings im Augenblick von der Ankündigung ausgehen, dass man auf der anderen Seite der Taiwan-Straße zu Gewalt greifen müsse, „wenn es zu einer gravierenden Veränderung der Lage kommen würde und Taiwan auf eine Loslösung von China hinsteuere, unter welcher Bezeichnung auch immer“ (XNA, 17.10.00). In dieser Aussage implizit enthalten ist die Einschätzung Beijings, dass derzeit auch unter der Regierung Chen Shuibians nicht mit einer forcierten Unabhängigkeitspolitik zu rechnen ist, demnach im Verhältnis zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße letztlich zunächst alles beim Alten bleibt. -kg-

8 Die USA planen Waffenverkäufe an Taiwan

Im September vom US-Verteidigungsministerium bekannt gegebenen Pläne der USA, moderne Waffensysteme im Gegenwert von rund 1,3 Mrd. US\$ an Taiwan liefern zu wollen, haben auf der chinesischen Seite heftige Proteste ausgelöst. Insbesondere die geplante Lieferung von Überschall-Luft-Luft-Raketen mittlerer Reichweite führte zu Warnungen vor ernststen Konsequenzen und der seitens des chinesischen Außenministeriums vorgetragenen Forderung zur sofortigen Revisi-on der Verkaufspläne. (XNA, 29.9.00; SWB, 2.10.00)

Der chinesische Botschafter in den USA, Li Zhaoxing, nutzte gar den Empfang zum 51. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China, um vor mehr als 500 geladenen Gästen die amerikanischen Verkaufspläne als „ernste Verletzung der chinesischen Souveränität und mutwillige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas“ zu brandmarken. Li forderte weiter, die USA müssten zur Einhaltung der drei Gemeinsamen Kommunikees zurückkehren, gegen die mit derartigen Waffenverkäufen eindeutig verstoßen würde, um dann seine Rede damit fortzuführen, dass stabile und gesunde bilaterale Beziehungen im Interesse beider Staaten lägen und auch dem Frieden und der Entwicklung der Welt dienlich seien. (Xinhua, 30.9.00, nach SWB, 2.10.00)

Ausdrücklich begrüßte der chinesische Botschafter die im September gefallene Entscheidung sowohl des US-Senats (mit 83 gegen 15 Stimmen) als auch des Repräsentantenhauses (mit 237 gegen 197 Stimmen), China den „permanenten normalen Handelsstatus“ (PNTR) zu gewähren und damit die jährlichen amerikanischen Debatten um die Erneuerung der Meistbegünstigungsklausel endlich abzuschaffen. Li vertrat die Ansicht, diese Entscheidung werde sich gewinnbringend sowohl für China und die USA als auch für die Welthandelsorganisation WTO erweisen. (Ebd.) Präsident Clinton setzte das Gesetz durch seine Unterschrift am 10. Oktober in Kraft (FBIS, 11.10.00). -kg-

9 Parteidiplomatie und Wirtschaftsinteressen - Wei Jianxing in Deutschland und Finnland

Wei Jianxing, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros im Zentralkomitee der KPCh, bereiste in Begleitung des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPCh, Dai Bingguo, Mitte Oktober Deutschland und Finnland; weitere Stationen waren Moldawien und die Mongolei (XNA, 13.10.00). In Deutschland widmete sich Wei in Gesprächen der Reaktivierung der 1984 durch die Chinareise Willy Brandts aufgenommenen Beziehungen zur SPD. Neben einem allgemeinen Meinungsaustausch mit verschiedenen Amtsinhabern der SPD wie dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel, dem Ministerpräsidenten Brandenburgs Manfred Stolpe, Verteidigungsminister Scharping oder der Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin diente ein Besuch in der Parteizentrale der SPD in Berlin der Vorbereitung des noch für dieses Jahr geplanten Besuches des SPD-Generalsekretärs Franz Müntfering in China. (XNA, 13., 15., 18., 19.10.00) Besonders interessiert zeigte sich Wei in den Gesprächen an den Reformmaßnahmen der SPD (XNA, 18.10.00).

In einem Treffen mit Bundeskanzler Schröder betonte Wei, es sei von großer Bedeutung für die beiden Regierungsparteien Chinas und

der Bundesrepublik Deutschland, ihre Erfahrungen miteinander auszutauschen, Standpunkte zu koordinieren und gemeinschaftlich wichtige Themen im Zusammenhang mit Frieden und Entwicklung in der Welt zu erschließen. Dabei sollten beide Seiten einen gemeinsamen Standpunkt suchen, jedoch gleichzeitig die von der eigenen Meinung abweichende Einstellung des jeweils anderen Partners respektieren. Bereits zuvor hatte er in Gesprächen mit anderen Vertretern der SPD bekräftigt, Unterschiede der politischen Überzeugungen und Werte der beiden Parteien sollten einen fruchtbaren Austausch ebenso wenig behindern wie die Verschiedenheit des kulturellen und gesellschaftlichen Hintergrunds in beiden Staaten. (XNA, 18.10.00)

Das Interesse Chinas an der wirtschaftlichen Kooperation in bestimmten Bereichen bekundete Wei nicht nur in Deutschland durch Besuche der Volkswagen AG in Wolfsburg und bei Infenion in Dresden (XNA, 15.10.00, 18.10.00), sondern auch auf seiner nächsten Station in Westeuropa, in Finnland. Hier konstatierte er gegenüber dem Premierminister Finnlands, Paavo Lipponen, das Heimatland von Nokia nehme weltweit eine führende Rolle in den Bereichen Telekommunikation, Informationstechnologie und Umweltschutz ein (XNA, 26.10.00). Aus den genannten Bereichen setzte sich auch eine finnische Regierungsdelegation zusammen, die sich Ende Oktober in Beijing um eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit namentlich in der Informationstechnologie, dem Umweltschutz und der Forstwirtschaft bemühte (XNA, 28.10.00). Und auch die finnische Botschaft in Beijing hatte am 18. Oktober angekündigt, anlässlich der Feier des fünfzigjährigen Bestehens diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern neben einer Reihe von kulturellen Veranstaltungen je ein Symposium zum Thema Umwelt und Wald sowie zur Informationsgesellschaft veranstalten zu wollen (XNA, 19.10.00). -kg-

10 Jugoslawien - alte Freunde sind schon fast vergessen

Am Abend des 6. Oktober schien es, als sollten sich westliche Spekulationen erfüllen, Slobodan Milosevic könne eines Tages Zuflucht in China suchen (vgl. C.a., 2000/7, Ü 4). Gerüchten in Belgrad zufolge, die sich später als unwahr herausstellten, hatte Milosevic das Land mit einem Teil der staatlichen Goldreserven in einem Flugzeug in unbekannter Richtung verlassen wollen (Radio B2-92, 6.10.00, nach SWB, 9.10.00). Tatsächlich hatte jedoch der Sohn Milosevics versucht, nach dem Wahlsieg der Opposition nach China einzureisen. Mit einem Diplomatenpass mit falschem Namen ausgestattet, wurde ihm jedoch in Ermangelung eines gültigen Visums die Einreise in Beijing verweigert, woraufhin er nach Moskau zurückflog. (RTHK Radio 3, 9.10.00, nach SWB, 11.10.00; SWB, 10.10.00)

Obwohl durch ausgesprochen freundschaftliche Beziehungen mit der Regierung Milosevic verbunden, reagierte Beijing schnell auf die Veränderung der Machtverhältnisse in Jugoslawien. Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen wurde ohne Verzögerung und unter Hinweis auf den prinzipiellen Verzicht auf eine Einmischung in die internen Angelegenheiten eines anderen Staates, als Grundsatz der chinesischen Außenpolitik, als Entscheidung des Staatsvolkes anerkannt. (XNA, 7.10.00, 8.10.00)

Den am 7. Oktober telegrafisch an Kostunica übermittelten Glückwünschen Jiang Zemins zum Wahlsieg (SWB, 9.10.00) folgte bereits wenige Tage später ein Treffen des chinesischen Botschafters mit dem neu-gewählten jugoslawischen Präsidenten (XNA, 13.10.00). Das chinesische Außenministerium äußerte sich nach der Beruhigung der Lage in Jugoslawien überaus zufrieden darüber, dass die relevanten Kräfte des Landes letztlich „die fundamentalen Interessen des Landes und des Volkes zum Maßstab ihres Handelns gemacht und die Stabilität wieder hergestellt hätten“. China sei überzeugt, dass der Regierungswechsel keinerlei negative Auswirkungen auf die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen haben werde. (XNA, 8.10.00) -kg-

11 China umwirbt die britische Wirtschaft, Wales die chinesische

Unter der Leitung des ehemaligen britischen Premierministers Heseltine und des stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz, Song Jian, fand Mitte Oktober in Beijing die zweite Sitzung des Sino-britischen Forums statt. Die erste Tagung des vor zwei Jahren gegründeten und als hochrangig, aber nicht regierungsamtlich eingestuften Gremiums hatte im Oktober 1999 in London stattgefunden. Seitdem seien bereits große Fortschritte in der Kooperation und im Austausch zwischen beiden Seiten gemacht worden. (XNA, 18.10.00)

Während Heseltine prognostizierte, China und Großbritannien müssten sich im Rahmen des fortschreitenden Globalisierungsprozesses zukünftig denselben Problemen stellen, betonte Li Peng, der als Gast redete, die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Ländern als ständige Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Auf dieser Grundlage sollten beide Staaten zu Kooperationspartnern in wirtschaftlicher Hinsicht und bei der Sicherung von Frieden und Entwicklung werden. (XNA, 18.10.00)

Die chinesische Seite nutzte das Treffen, in dem so unterschiedliche Themen wie Kultur, Bildung, Umweltschutz, Technologie, Finanzwesen, Recht und Pressewesen diskutiert wurden, dazu, für ein größeres Engagement Großbritanniens im Zusammenhang mit den ehrgeizigen Plänen zur wirtschaftlichen Entwicklung des Westens der VR China einzuladen. Das Vereinigte Königreich habe bei der Förderung seiner nördlichen und westlichen Landesteile wertvolle Erfahrungen machen können, die es als Partner Chinas in diesem Zusammenhang als geradezu prädestiniert erscheinen ließen. (Ebd.)

Auch an den stellvertretenden britischen Premierminister Prescott wurde die Einladung zu einer wirtschaftlichen Kooperation im Westen Chinas während seines zeitgleichen Besuchs in China herangetragen. Großbritannien ist der größte Einzelinvestor unter den Staaten der EU, und China ist bemüht, auch die wirtschaftliche Zusam-

menarbeit im Hochtechnologiesektor auszubauen. Das gilt insbesondere für die Bereiche, die als Schlüsselsektoren für die Modernisierung angesehen werden und deshalb vom Staat speziell gefördert werden (vgl. C.a., 2000/9, Ü 20). Daher war man auf chinesischer Seite bemüht, dem britischen Gast ein möglichst positives Bild von den Fortschritten auf dem Gebiet des Urheberrechtsschutzes und hinsichtlich des Forschungs- und Technologiemanagements darzubieten, als er in Shenzhen die zweite chinesische Hightech-Messe besuchte. (XNA, 14.10.00)

Wie eine verkehrte Welt mutete es dagegen an, als der Direktor der 1975 gegründeten Walisischen Entwicklungsagentur wenige Tage später genau mit den Argumenten für chinesische Investitionen in Wales warb, die sonst aus China bekannt sind. Abgesehen von den EU-weit niedrigsten Steuersätzen lockte er vor allem mit dem Zugang zu einem Markt von fast 400 Mio. Konsumenten in der EU. (XNA, 21.10.00) -kg-

12 Neue Heilige erzürnen Beijing - Verbalattacken gegen den Vatikan

Die Heiligsprechung von insgesamt 33 Missionaren und 87 chinesischen Märtyrern, die bis 1930 auf chinesischem Boden ihr Leben gelassen hatten, sorgte auf chinesischer Seite für heftige Verbalattacken gegen den Vatikan. Besonders verärgert zeigte sich Beijing über die Tatsache, dass die Zeremonie der Heiligsprechung dieser „verbrecherischen“ ausländischen Missionare und ihrer chinesischen „Spießgesellen“ auf dem Petersplatz in Rom zeitgleich mit dem chinesischen Nationalfeiertag am 1. Oktober stattfand. (XNA, 3.10.00)

Mit der Heiligsprechung von Personen, die im letzten Jahrhundert als Komplizen der imperialistischen Mächte an der Formulierung der so genannten Ungleichen Verträge beteiligt waren, seien die Gefühle des gesamten chinesischen Volkes verletzt worden, hieß es in einem Kommentar der *Volkszeitung*. (XNA, 3.10.00) Bei vielen der neuen Heiligen habe es sich um direkte Opfer der imperialistischen Invasion in China gehandelt. 86 von ihnen verloren ihr Leben während

des so genannten Boxeraufstands im Jahr 1900, der als Bauernaufstand im Kampf gegen die ausländischen Invasoren bezeichnet wird. (XNA, 3.10.00; vgl. auch die Übersicht weiter unten)

In chinesischen Medien und von Seiten der Patriotischen Kirchen erhielt die Regierung Unterstützung für ihre Verurteilung des vatikanischen Vorgehens, das alte Wunden wieder aufgerissen habe. Von der chinesischen Regierung wurde die Heiligsprechung am 1. Oktober als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas und als Versuch zur Spaltung des chinesischen Vaterlandes bewertet. Zur Begründung hieß es, die ganze Angelegenheit sei von von katholischen Kreisen in Taiwan manipuliert worden, zu denen der Heilige Stuhl gute Beziehungen unterhält. (XNA, 3., 4., 5.10.00; SWB, 6.10.00) -kg-

Innenpolitik

13 Fünfte Plenartagung des XV. Zentralkomitees

Vom 9. bis 11. Oktober fand in Beijing die Fünfte Plenartagung des XV. Zentralkomitees der KPCh statt. Im Mittelpunkt stand der Zehnte Fünfjahresplan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Jahren 2001-2005 (vgl. auch Übersicht unten). Daneben wurden personalpolitische und ideologische Fragen sowie der Machtwechsel in Belgrad erörtert, der sich wenige Tage zuvor ereignet hatte. Eine ausführliche Darstellung der offiziellen und inoffiziellen Agenda der Plenartagung findet sich im hinteren Teil dieses Heftes. -hol-

14 Großangelegte Falungong-Proteste führen zu weiterer Eskalation des politischen Konflikts

Zwei großangelegte Protestaktionen der im Juli letzten Jahres verbotenen Falungong-Bewegung auf dem Beijinger Tiananmen-Platz haben im Oktober zu einer weiteren Eskalation des seit nunmehr fünfzehn Monaten andauernden politischen Konflikts ge-

führt. Bei den Demonstrationen von jeweils mindestens 300 Falungong-Anhängern handelte es sich um die größten seit der Demonstration von über 10.000 Mitgliedern der Bewegung im April letzten Jahres. Die Tatsache, dass intensive Vorsorgemaßnahmen der Sicherheitskräfte die Proteste nicht verhindern konnten, gab der staatlichen Führung erheblichen Grund zur Unruhe und veranlasste sie dazu, den politischen Kampf gegen Falungong zu intensivieren.

Die beiden Protestaktionen fanden anlässlich des Nationalfeiertages am 1. Oktober und des Jahrestages der Verabschiedung des „Anti-Kult-Gesetzes“ durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses Ende Oktober statt. Beide verliefen nach ähnlichem Muster dezentraler Demonstrationen in kleinen Gruppen, wie es sich in den zurückliegenden Monaten „bewährt“ hatte; neu war allerdings die Tatsache, dass die Protestaktionen zuvor auf internationalen Websites der Falungong-Bewegung angekündigt worden waren und damit eine umso stärkere Provokation des staatlichen Apparates bedeuteten (AWSJ, 2., 27.10.00).

Am 1. ebenso wie am 26. Oktober gelang es seit den Morgenstunden kleineren Gruppen von Falungong-Anhängern immer wieder, den „Cordon Sanitaire“ unerkannt zu durchbrechen, der durch zahlreiche Polizeikontrollen an den Bahnhöfen, an Zufahrtsstraßen von außerhalb sowie vor allem um das Stadtzentrum Beijings und den Tiananmen-Platz selbst errichtet worden war. Angesichts des massiven Aufgebots an Sicherheitskräften auf dem Platz selbst gaben sich die Demonstrierenden jeweils nur in kleinen Gruppen zu erkennen; wie auch bei früheren Aktionen begab man sich in die typische Meditationshaltung oder entrollte Banner, außerdem wurden diesmal nach Berichten internationaler Medien auch Flugblätter ausgeworfen. Ebenfalls wie zuvor wurden die Demonstrierenden jeweils innerhalb weniger Minuten von Sicherheitskräften, teils unter Gewaltanwendung, festgenommen und in Polizeifahrzeugen abtransportiert. Da die sporadischen Proteste bis in den Nachmittag hinein nicht abebbten, sah man sich an beiden Tagen gezwungen, Teile des Tiananmen-Platzes vorüberge-

hend für die Öffentlichkeit zu sperren, um die Ordnung wieder herzustellen (XNA, 29.9.00; Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 30.9.00, nach SWB, 3.10.00; IHT, 2., 27.10.00; AWSJ, 2., 27.10.00).

Wie verschiedene Beobachter und Informationsstellen berichteten, sollen im zeitlichen Umfeld der beiden Protestaktionen jeweils mehrere hundert Personen festgenommen worden sein; viele von diesen sollen aus den umliegenden Provinzen Hebei und Shandong, aber auch aus der südchinesischen Provinz Guangzhou angereist sein. Nach Angaben einer Hongkonger Zeitung, die allerdings nicht unabhängig verifiziert werden konnte, sollen die Festgenommenen diesmal umgehend zur Umerziehung in Arbeitslager verbracht worden sein, anstatt wie bisher üblich zunächst in ihre Heimatprovinzen zu weiteren administrativen Verfahren zurückgeschickt zu werden (*Ming Pao*, 12.10.00, nach SWB, 16.10.00; RTHK, Radio 3, 3.10.00, nach SWB, 4.10.00; AWSJ, 27.10.00).

Die staatliche Seite reagierte auf die neuerlichen Provokationen mit der Ankündigung eines intensivierten politischen Kampfes gegen die Falungong-Bewegung. Auffällig war bereits die Tatsache, dass die offiziellen Medien die Proteste „einer kleinen Anzahl hartnäckiger Elemente des Falungong-Kultes“ auf dem Tiananmen-Platz und die dadurch hervorgerufene „Störung der feierlichen Atmosphäre“ des 1. Oktober konkret benannten, anstatt wie sonst nur allgemein auf das subversive Potenzial des „Kultes“ abzuheben (XNA, 1.10.00). Auf eine qualitativ neue Stufe wurde die ideologische Kampagne gegen Falungong aber gehoben, als die offiziellen Medien Anfang Oktober zu einer Kategorisierung der Bewegung als „durch und durch reaktionäre politische Kraft“ übergingen; Li Hongzhi und seine Anhänger wurden beschuldigt, den Umsturz der VR China und des sozialistischen Systems auf ihre Fahnen geschrieben zu haben. Ferner hätten sie sich mit subversiven ausländischen Kräften, pro-demokratischen Vertretern und Befürwortern einer Unabhängigkeit Taiwans, Tibets und des muslimischen Nordwestens Chinas kurzgeschlossen, um die Einheit Chinas zu unterwandern. Beobachter werteten diese rhe-